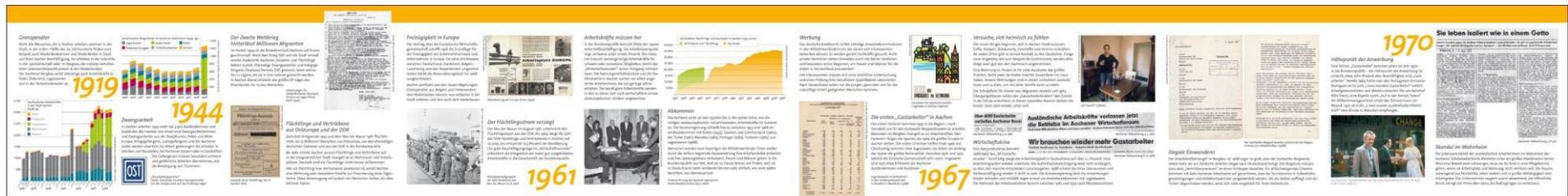


„Bewegung – Migration in Aachen seit 1945“

Auszug aus der Ausstellung



Grenzpendler

Nicht alle Menschen, die in Aachen arbeiten, wohnen in der Stadt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden zum Beispiel auch Niederländerinnen und Niederländer in Stadt und Kreis Aachen Beschäftigung. Sie arbeiten in der Industrie, in der Landwirtschaft oder im Bergbau, die meisten behalten ihren Lebensmittelpunkt jedoch in den Niederlanden. Der Aachener Bergbau wirbt allerdings auch Arbeitskräfte in Polen, Österreich, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei an.

Zwangsarbeit

In Aachen arbeiten 1943 mehr als 3.500 Ausländerinnen und Ausländer, die meisten von ihnen sind Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, Polen und Westeuropa. Kriegsgefangene, Justizgefangene und die Aachener Juden werden ebenfalls zur Arbeit gezwungen. Sie arbeiten in Fabriken, auf Baustellen, bei Aachener Bauern oder in Geschäften. Die Gefangenen müssen besonders schwere und gefährliche Arbeiten übernehmen, wie die Beseitigung von Trümmern.

Der Zweite Weltkrieg hinterlässt Millionen Migranten

Im Herbst 1944 ist die Einwohnerzahl Aachens auf 6.000 geschrumpft. Nach dem Krieg füllt sich die Stadt schnell wieder. Evakuierte Aachener, Soldaten und Flüchtlinge kehren zurück. Ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, Displaced Persons (DP) genannt, leben weiterhin in Lagern, bis sie in ihre Heimat gebracht werden. In Aachen-Brand entsteht das größte DP-Lager des Rheinlandes für 17.000 Menschen.

Flüchtlinge und Vertriebene aus Osteuropa und der DDR

Zwischen Kriegsende 1945 und dem Bau der Mauer 1961 flüchten mehr als 15 Millionen Menschen aus Osteuropa, aus den ehemaligen deutschen Gebieten und aus der DDR in die Bundesrepublik. Bis 1962 nimmt Aachen 20.000 Flüchtlinge und Vertriebene auf. In der kriegszerstörten Stadt mangelt es an Wohnraum und Arbeitsplätzen. Deshalb sind die Flüchtlinge nicht immer willkommen. Wer als Flüchtling bzw. Vertriebener anerkannt ist, erhält leichter eine Wohnung oder besondere Kredite zur Finanzierung eines Eigenheims. Diese Bevorzugung soll jedoch nur Menschen helfen, die alles verloren haben.

Freizügigkeit in Europa

Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schafft 1956 die Grundlage für die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Sie wird schrittweise zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden umgesetzt. Italien bleibt als Abwanderungsland bis 1968 ausgeschlossen. Aachen profitiert von den neuen Regelungen: Grenzpendler aus Belgien und insbesondere den Niederlanden können nun einfacher in der Stadt arbeiten und sich auch dort niederlassen.

Der Flüchtlingsstrom versiegt

Der Bau der Mauer im August 1961 unterbricht den Flüchtlingsstrom aus der DDR. Bis 1969 steigt die Zahl der DDR-Flüchtlinge und Vertriebenen in Aachen auf 22.000, das entspricht 12,3 Prozent der Bevölkerung. Die gute Beschäftigungslage im „Wirtschaftswunder“ erleichtert die Integration der meist gut ausgebildeten Arbeitskräfte in die Gesellschaft der Bundesrepublik.

Arbeitskräfte müssen her

In der Bundesrepublik herrscht Mitte der 1950er Jahre Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote liegt zeitweise unter einem Prozent. Die Industrie braucht kostengünstige Arbeitskräfte für schwere oder monotone Tätigkeiten, damit das „Wirtschaftswunder“ seinen Fortgang nehmen kann. Die Nahrungsmittelindustrie und die Textilindustrie in Aachen suchen vor allem angelernte Arbeiterinnen, die nur geringe Löhne erhalten. Die benötigten Arbeitskräfte werden in den zu dieser Zeit noch wirtschaftlich armen südeuropäischen Ländern angeworben.

Abkommen

Deutschland wirbt ab den 1950ern bis in die 1970er Jahre, wie die übrigen westeuropäischen Industriestaaten, Arbeitskräfte im Ausland an. Die Bundesregierung schließt hierzu zwischen 1955 und 1968 Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1965), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Menschen werden zum Exportgut der Mittelmeerländer. Diese wollen durch die zeitlich begrenzte Auswanderung ihre Arbeitsmärkte entlasten und ihre Leistungsbilanz verbessern. Frauen und Männer gehen in die Bundesrepublik aus Not, weil sie zu Hause keinen Job finden, weil sie in Deutschland mehr verdienen können oder einfach, wie viele später berichten, aus Abenteuerlust.

Werbung

Das deutsche Arbeitsamt richtet ständige Anwerbekommissionen in den Mittelmeerländern ein, bei denen sich Interessenten bewerben können. Es werden gezielt Fachkräfte gesucht. Auch private Vermittler ziehen bisweilen durch die Dörfer ländlicher und besonders armer Regionen, um Frauen und Männer für die Arbeit in Deutschland anzuwerben. Alle Interessenten müssen sich einer ärztlichen Untersuchung

und einer Prüfung ihrer beruflichen Qualifikation unterziehen. Nach Deutschland sollen nur die jungen, gesunden und für die zukünftige Arbeit geeigneten Menschen kommen.

Die ersten „Gastarbeiter“ in Aachen

Die ersten Italiener kommen 1955 in die Region – nach Siersdorf, um für den Eschweiler Bergwerksverein zu arbeiten. Besonders im Bergbau mangelt es an Arbeitskräften. Den Italienern folgen die Spanier, die 1964 die größte Gruppe in Aachen stellen. Die ersten Griechen treffen Ende 1960 ein. Gleichzeitig kommen viele Jugoslawen. Sie bilden bis Anfang der 1970er die größte Nationalität. Zwischen 1970 und 1973 wächst die türkische Gemeinschaft sehr rasch. Insgesamt sind 1973 etwa 8 Prozent der Aachener Ausländerinnen und Ausländer.

Versuche, sich heimisch zu fühlen

Die neuen Bürger beginnen, sich in Aachen niederzulassen. Cafés, Kneipen, Restaurants, Geschäfte und Vereine entstehen. An vielen Orten gibt es keinen Kontakt zu den Deutschen. Einige neue Angebote, wie zum Beispiel die Gastronomie, werden allerdings auch gut von den Aachenern angenommen. Eine Wohnung zu finden ist für viele Ausländer das größte Problem. Nicht jeder Vermieter möchte Zuwanderer im Haus haben. Andere Wohnungen sind in einem schlechten Zustand, teuer und zu klein, um mit einer Familie darin zu leben. Die Schulpflicht für Kinder von Migranten besteht seit 1965. Übergangsklassen sollen den „Gastarbeiterkindern“ den Eintritt in die Schule erleichtern. In diesen speziellen Klassen bleiben die Kinder dann aber wieder unter sich.

Wirtschaftskrise

Eine Konjunkturkrise beendet 1966/1967 das „Wirtschaftswunder“. Kurzfristig steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf über 2,1 Prozent. Viele Arbeitsmigranten werden arbeitslos. Die Aufenthaltsberechtigung wird nicht verlängert, so dass sich manche entscheiden zurückzugehen. 1968 scheint die Krise überwunden und Vollbeschäftigung wieder in Sicht zu sein. Die Bundesregierung lässt die Anwerbungen wieder anlaufen und schließt sogar erneut ein Anwerbeabkommen mit Jugoslawien. Die Mehrzahl der Arbeitswanderer kommt zwischen 1967 und 1973 nach Westdeutschland.

Illegale Einwanderer

Der Arbeitskräftemangel im Bergbau ist 1968 sogar so groß, dass der Eschweiler Bergwerksverein mehr als 100 türkische Arbeiter illegal nach Deutschland bringt. Die Bergleute müssen dazu eine „Vermittlerprovision“ an einen Schlepper bezahlen. Ein stillschweigendes Übereinkommen mit dem Aachener Arbeitsamt soll garantieren, dass die Touristenvisa in Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse umgewandelt werden. Als die Aktion auffliegt und die Türken abgeschoben werden, setzt sich viele vergeblich für ihren Verbleib ein.

Höhepunkt der Anwerbung

Eine Million „Gastarbeiter“ kommen allein im Jahr 1970 in die Bundesrepublik – der Höhepunkt der Anwerbung ist erreicht; etwa zehn Prozent aller Beschäftigten sind „Gastarbeiter“. Bereits 1964 hatte man den Portugiesen Armando Rodrigues de Sá zum „1.000.000sten Gastarbeiter“ erklärt: Arbeitgebervertreter und Medien erwarten ihn am Bahnhof Köln-Deutz, eine Kapelle spielt „Auf in den Kampf, Torero“. Als Willkommensgeschenk erhält der Zimmermann ein Moped. 1972 wird die „2.000.000ste ausländische Arbeitskraft“ Vera Rimski in München empfangen.

Skandal im Wohnheim

Die Lebensumstände der ausländischen Arbeiterinnen im Wohnheim der Aachener Schokoladenfabrik Monheim rufen ein großes Medienecho hervor. Wird eine Bewohnerin schwanger, muss sie ihr Kind in eine Pflegefamilie geben, wenn sie Arbeitsplatz und Wohnung nicht verlieren will. Die Frauen, vorwiegend aus Nordafrika, leben isoliert und in großer Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Das Unternehmen reagiert zuerst abwehrend, der öffentliche Druck zwingt die Firma aber dann, die Bedingungen zu verbessern.

Ölpreiskrise und Anwerbestopp
Die Ölkrise markiert im Jahr 1973 den Beginn einer langen Wirtschaftskrise in den westlichen Industriestaaten. Auch die deutsche Wirtschaft gleitet in eine Strukturkrise: Die Industrie verliert an Bedeutung, Dienstleistungen werden immer wichtiger. Die Arbeitslosenraten steigen schnell an und bleiben hoch. Als Reaktion beschließt der Bundestag noch 1973 einen Anwerbestopp für „Gastarbeiter“.

1973

Krisen in Aachen
Die Wirtschaftskrise erreicht auch die Aachener Region. Besonders die Textil- und Nadelindustrie trifft es hart, viele der hier beschäftigten Frauen werden arbeitslos. Auch die Zinkindustrie in Stolberg und der Bergbau am Aachener Revier leiden unter der Strukturkrise und bauen Arbeitsplätze ab.

„Klenkes“ hat noch nicht ausgedient
Der Anwerbestopp reduziert die Zuwanderung, beendet sie jedoch nicht. Das Rotationsprinzip, die Vorstellung, dass „Gastarbeiter“ nur ein bis zwei Jahre in Deutschland bleiben sollten, um dann durch neue ersetzt zu werden, hatte die bundesdeutsche Regierung früh aufgeben müssen.

Familiennachzug
Der Anwerbestopp lässt nur noch die Möglichkeit offen, über eine Familienzusammenführung nach Deutschland zu kommen. 1975 senkt die Bundesregierung das Kindergeld für die in der Heimat gebliebenen Kinder. Nun entschließen sich viele Familien, ihre Kinder nachkommen zu lassen, und verlegen damit ihren Lebensmittelpunkt endgültig nach Deutschland.

1978

Jordanis Ampatzoglou fühlt sich nicht als Gastarbeiter
Vor etwa 15 Millionen Menschen, die durch die Anwerbung als Arbeitskräfte oder durch Familienzusammenführung in die BRD gekommen sind, lassen sich schätzungsweise 2 Millionen in Deutschland nieder. Als sich abzeichnet, dass zur Arbeitsanwerbung auch Einwanderung gehört, werden Migranten immer mehr zum Publikum. Ihre Integration in die deutsche Gesellschaft, ihr Zugang zu Bildung und Arbeit wird zum Thema der „Ausländerpolitik“.

Gastarbeiter oder Zuwanderer?
Vor etwa 15 Millionen Menschen, die durch die Anwerbung als Arbeitskräfte oder durch Familienzusammenführung in die BRD gekommen sind, lassen sich schätzungsweise 2 Millionen in Deutschland nieder. Als sich abzeichnet, dass zur Arbeitsanwerbung auch Einwanderung gehört, werden Migranten immer mehr zum Publikum. Ihre Integration in die deutsche Gesellschaft, ihr Zugang zu Bildung und Arbeit wird zum Thema der „Ausländerpolitik“.

Rückkehr?
In der Bundesrepublik verbleibt nach Ende der 1970er Jahre eine ausländische Haltung. Rückkehrer haben machen Stimmung gegen Migranten und Migranten. Die Kommunen müssen Zusagen für Rückkehrer mit höheren Auswandererbeiträgen einlösen, und dem Ende der 1970er Jahre auch in Aachen gespart wird. Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft verleiht 1978 die ehemaligen „Gastarbeiter“ mit finanziellen Anreizen zur Rückkehr zu bewegen. Nur wenige nehmen diesen Angebot an.

Politische Mitbestimmung in Aachen
Der erste Ausländerbeirat wird in Aachen 1987 gewählt. Er soll die Sicht der Einwanderer in der Kommunalpolitik und bei der Verwaltung zur Geltung bringen. Der Beirat räumt die seit Anfang der 1970er Jahre laufende Kampagne für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Migranten auf und erzielt einen Teilerfolg: 1988 stellt sich der Stadtrat hinter die Forderung. Sechs Jahre später erhalten allerdings nur EU-Ausländer im Zuge des europäischen Einigungsprozesses das kommunale Wahlrecht.

1987

Änderung des Asylrechts
Eine erste Verschärfung des Asylrechts soll 1987 den Anstieg der Flüchtlingzahlen aufhalten. Asylbewerber dürfen fünf Jahre lang nicht arbeiten. Dies soll Flüchtlinge abhalten, die aus wirtschaftlichen Not in die Bundesrepublik kommen. Die Wirtschaftlichen für Flüchtlinge aus neuen afrikanischen und asiatischen Ländern werden verschärft, um die legale Einreise möglicher Asylbewerber zu verhindern.

Ölpreiskrise und Anwerbestopp

Die Ölkrise markiert im Jahr 1973 den Beginn einer langen Wirtschaftskrise in den westlichen Industriestaaten. Auch die deutsche Wirtschaft gleitet in eine Strukturkrise: Die Industrie verliert an Bedeutung, Dienstleistungen werden immer wichtiger. Die Arbeitslosenzahlen steigen schnell an und bleiben hoch. Als Reaktion beschließt der Bundestag noch 1973 einen Anwerbestopp für „Gastarbeiter“. Die legale Arbeitsmigration nach Deutschland wird damit weitgehend unterbunden.

Krise in Aachen

Die Wirtschaftskrise erreicht auch die Aachener Region. Besonders die Textil- und Nadelindustrie trifft es hart, viele der hier beschäftigten Frauen werden arbeitslos. Auch die Zinkindustrie in Stolberg und der Bergbau am Aachener Revier leiden unter der Strukturkrise und bauen Arbeitsplätze ab. Zwischen 1974 und 1978 steigt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Aachen nicht mehr an, die erwartete große Rückwanderungswelle bleibt aber aus. Trotz Arbeitslosigkeit und drohendem Verlust der Aufenthaltsberechtigung entscheiden sich die meisten Migrantinnen und Migranten, in Aachen zu bleiben, und werden zu Einwanderern.

Familiennachzug

Der Anwerbestopp reduziert die Zuwanderung, beendet sie jedoch nicht. Das Rotationsprinzip, die Vorstellung, dass „Gastarbeiter“ nur ein bis zwei Jahre in Deutschland bleiben sollten, um dann durch neue ersetzt zu werden, hatte die bundesdeutsche Regierung früh aufgeben müssen. Der Anwerbestopp lässt nur noch die Möglichkeit offen, über eine Familienzusammenführung nach Deutschland zu kommen. 1975 senkt die Bundesregierung das Kindergeld für die in der Heimat gebliebenen Kinder. Nun entschließen sich viele Familien, ihre Kinder nachkommen zu lassen, und verlegen damit ihren Lebensmittelpunkt endgültig nach Deutschland.

Gastarbeiter oder Zuwanderer?

Von etwa 15 Millionen Menschen, die durch die Anwerbung als Arbeitskräfte oder deren Familienangehörige bis 1973 nach Deutschland gekommen sind, lassen sich schließlich rund 4 Millionen in Deutschland nieder. Als sich abzeichnet, dass zur Arbeiteranwerbung auch Einwanderung gehört, werden Migranten immer mehr zum Politikum. Ihre Integration in die deutsche Gesellschaft, ihr Zugang zu Bildung und Arbeit wird zum Thema der „Ausländerpolitik“. Während es noch heißt: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, setzt die Bundesregierung 1978 den ersten Integrationsbeauftragten ein und verbessert das Aufenthaltsrecht. Migrantenvereine gründen sich auch in Aachen, um die sozialen und politischen Interessen der Einwanderer zu vertreten.

Rückkehr?

In der Bundesrepublik verfestigt sich Ende der 1970er Jahre eine ausländerfeindliche Haltung. Rechtsradikale Parteien machen Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten. Die Kommunen erlassen Zuzugssperren für Stadtviertel mit hohem Ausländeranteil, ein Gedanke, mit dem Ende der 1970er Jahre auch in Aachen gespielt wird. Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft versucht 1983, die ehemaligen „Gastarbeiter“ mit finanziellen Anreizen zur Rückkehr zu bewegen. Nur wenige nehmen dieses Angebot an.

Flüchtlinge

Die Bundesrepublik wird ab Mitte der 1970er verstärkt Ziel von Flüchtlingen. Vietnamesische „boat people“ fliehen vor dem kommunistischen Regime, Türken und Kurden vor der Militärdiktatur, die 1980 in Ankara an die Macht kommt. Mehr als 100.000 Menschen stellen 1980 einen Asylantrag, doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Flüchtlinge, die von humanitären Organisationen aufgenommen werden, können als „Kontingentflüchtlinge“ auch nach Deutschland kommen, ohne einen Asylantrag stellen zu müssen. Je mehr Flüchtlinge ankommen, desto lauter wird die Kritik, dass es sich bei vielen Flüchtlingen nicht um politisch Verfolgte, sondern um Wirtschaftsflüchtlinge handele.

Politische Mitbestimmung in Aachen

Der erste Ausländerbeirat wird in Aachen 1983 gewählt. Er soll die Sicht der Einwanderer in der Kommunalpolitik und bei der Verwaltung zur Geltung bringen. Der Beirat nimmt die seit Anfang der 1980er Jahre laufende Kampagne für die Einführung des (kommunalen) Wahlrechts für Migranten auf und erzielt einen Teilerfolg: 1986 stellt sich der Stadtrat hinter die Forderung. Sechs Jahre später erhalten allerdings nur EU-Ausländer im Zuge des europäischen Einigungsprozesses das kommunale Wahlrecht.

Änderung des Asylrechts

Eine erste Verschärfung des Asylrechts soll 1987 den Anstieg der Flüchtlingszahlen aufhalten. Asylbewerber dürfen fünf Jahre lang nicht arbeiten. Dies soll Flüchtlinge abschrecken, die aus wirtschaftlicher Not in die Bundesrepublik kommen. Die Visavorschriften für Reisende aus neun afrikanischen und asiatischen Ländern werden verschärft, um die legale Einreise möglicher Asylbewerber zu verhindern.

Asylant sprang aus dem 3. Stock
 305
 Frédéric Zeba stürzt sich aus dem Fenster des Ausländeramtes

Aussiedler
 Die Öffnung des kommunistischen Osteuropas schafft neue Ausreisemöglichkeiten. Ab Mitte der 1980er Jahre wandern vermehrt deutschstämmige Spätaussiedler ein, deren Zahl mit dem Fall der Mauer 1989 noch einmal zunimmt. Die größte Gruppe kommt aus der Sowjetunion beziehungsweise ihren Nachfolgestaaten, gefolgt von Polen und Rumänien. Aussiedler und Spätaussiedler erhalten zwar die deutsche Staatsbürgerschaft, haben aber mit ähnlichen Integrationsschwierigkeiten zu kämpfen wie andere Zuwanderer.

Kriegsflüchtlinge
 Zwischen 1991 und 1995 flüchten viele Menschen vor den Kriegen in Jugoslawien nach Deutschland. Allein aus Bosnien suchen fast 200.000 Menschen hier Schutz. Sie erhalten ein Bleiberecht für die Dauer des Konflikts. Zerstörungen, die serbische Besetzung einiger Gebiete und fehlende staatliche Strukturen verzögern die Rückkehr. In der Zwischenzeit gehen die Kinder zur Schule und beginnen eine Berufsausbildung oder ein Studium. Eine Rückkehr wird für viele schwer. Viele Aachener Bürger und Institutionen setzen sich für einen Verbleib bosnischer Kinder und Jugendlicher bis zum Abschluss ihrer Ausbildung ein.

Zahl der Türken rückläufig
 Die Zahl der in Deutschland anwesenden Türken und Tückerin sinkt seit Mitte der 1990er Jahre. Dies ist vor allem auf die Abwanderung von Arbeitskräften zurückzuführen. Die Zahl der türkischen Gastarbeiter sinkt von über 1,2 Millionen im Jahr 1987 auf unter 1,1 Millionen im Jahr 1998. Die Abwanderung ist vor allem auf die Abwanderung von Arbeitskräften zurückzuführen. Die Zahl der türkischen Gastarbeiter sinkt von über 1,2 Millionen im Jahr 1987 auf unter 1,1 Millionen im Jahr 1998.

„Otošulje“ in Aachen
 Die türkische Gemeinde in Aachen ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Zahl der türkischen Gastarbeiter sinkt von über 1,2 Millionen im Jahr 1987 auf unter 1,1 Millionen im Jahr 1998. Die Abwanderung ist vor allem auf die Abwanderung von Arbeitskräften zurückzuführen. Die Zahl der türkischen Gastarbeiter sinkt von über 1,2 Millionen im Jahr 1987 auf unter 1,1 Millionen im Jahr 1998.

Freizügigkeit für EU-Bürger
 Die Schengen Abkommen beseitigen die Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten. Dies führt zu einer Zunahme der Ausländer in Aachen. Die Zahl der Ausländer in Aachen steigt von unter 100.000 im Jahr 1987 auf über 200.000 im Jahr 1998. Die Zunahme ist vor allem auf die Freizügigkeit für EU-Bürger zurückzuführen. Die Zahl der Ausländer in Aachen steigt von unter 100.000 im Jahr 1987 auf über 200.000 im Jahr 1998.

Zahl der Ausländer in Aachen
 Die Zahl der Ausländer in Aachen steigt von unter 100.000 im Jahr 1987 auf über 200.000 im Jahr 1998. Die Zunahme ist vor allem auf die Freizügigkeit für EU-Bürger zurückzuführen. Die Zahl der Ausländer in Aachen steigt von unter 100.000 im Jahr 1987 auf über 200.000 im Jahr 1998.

Frédéric Zeba stürzt sich aus dem Fenster des Ausländeramtes

Die zunehmende öffentliche Ablehnung von Flüchtlingen bis hin zum offenen Rassismus ist auch in Aachen zu spüren. 1987 springt der Flüchtling Frédéric Zeba aus einem Fenster des Aachener Ausländeramtes. Die öffentliche Empörung über den Umgang des Amtes mit Flüchtlingen ist groß. Zugleich versucht die Verwaltung die Vorgänge zu vertuschen.

Aussiedler

Die Öffnung des kommunistischen Osteuropas schafft neue Ausreisemöglichkeiten. Ab Mitte der 1980er Jahre wandern vermehrt deutschstämmige Spätaussiedler ein, deren Zahl mit dem Fall der Mauer 1989 noch einmal zunimmt. Die größte Gruppe kommt aus der Sowjetunion beziehungsweise ihren Nachfolgestaaten, gefolgt von Polen und Rumänien. Aussiedler und Spätaussiedler erhalten zwar die deutsche Staatsbürgerschaft, haben aber mit ähnlichen Integrationsschwierigkeiten zu kämpfen wie andere Zuwanderer.

Höhepunkt der Zuwanderung

Mit 1,2 Millionen Zuzügen markiert das Jahr 1992 einen Höhepunkt der Zuwanderung in die Bundesrepublik. Etwa ein Drittel dieser Menschen sind Asylbewerber. Die Verfahren dauern lange, und die Kommunen müssen die Kosten für Unterbringung und Verpflegung aufbringen. Das Grundrecht auf Asyl wird zum Gegenstand einer langen und kontroversen Auseinandersetzung. In der Öffentlichkeit macht das Schlagwort „Das Boot ist voll“ die Runde.

Kriegsflüchtlinge

Zwischen 1991 und 1995 flüchten viele Menschen vor den Kriegen in Jugoslawien nach Deutschland. Allein aus Bosnien suchen fast 200.000 Menschen hier Schutz. Sie erhalten ein Bleiberecht für die Dauer des Konflikts. Zerstörungen, die serbische Besetzung einiger Gebiete und fehlende staatliche Strukturen verzögern die Rückkehr. In der Zwischenzeit gehen die Kinder zur Schule und beginnen eine Berufsausbildung oder ein Studium. Eine Rückkehr wird für viele schwer. Viele Aachener Bürger und Institutionen setzen sich für einen Verbleib bosnischer Kinder und Jugendlicher bis zum Abschluss ihrer Ausbildung ein.

Zählappell für Flüchtlinge

Der Kreis Aachen hegt den Verdacht, dass Asylbewerber unter verschiedenen Identitäten mehrfach Sozialhilfe beziehen oder zu diesem Zweck aus Belgien und den Niederlanden einreisen. Im Juni 1991 müssen alle im Kreis lebenden Flüchtlinge an einem Stichtag ihre Sozialhilfe persönlich im Kurhaus abholen. Nur in wenigen Fällen erweist sich der Verdacht als begründet. Der Zählappell stößt auf enormes mediales und politisches Interesse und ruft teils heftige Reaktionen hervor. Während die bayerische Staatsregierung das Vorgehen begrüßt und als Modell für andere Kommunen bewertet, lehnt die nordrhein-westfälische Landesregierung das entwürdigende Verfahren ab. Leistungen werden jedoch zunehmend in Form von Gutscheinen erbracht und nicht mehr direkt ausgezahlt.

Gewalt

Fremdenfeindliche Übergriffe und Gewalt begleiten die Diskussion um das Asylrecht. Rechtsradikale und Neonazis greifen 1992 unter dem Beifall tausender Schaulustiger ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen an und setzen es schließlich in Brand. Diese ausländerfeindlichen Ausschreitungen gehören zu den schwersten der deutschen Nachkriegsgeschichte und dauern drei Tage. Bei Brandanschlägen auf von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln (1992) und Solingen (1993) sterben acht Frauen und Mädchen. Demonstrationen und Lichterketten zeigen Solidarität mit den Migrantinnen und Migranten.

Gewalt in Aachen

Migrantinnen und Migranten müssen auch in Aachen mit Gewalt rechnen. Rechtsextreme und neonazistische Schläger attackieren immer wieder Aachener mit Migrationshintergrund auf der Straße, in der Schule oder im Bus. In Herzogenrath-Kohlscheid verüben Rechtsextreme 1993 einen Brandanschlag auf ein von einer libanesischen Familie bewohntes Haus. Den Mordversuch überleben die sieben Bewohner nur mit viel Glück.

Asylkompromiss

Der Bundestag beschließt am 6. Dezember 1992 die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl durch eine Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes. Flüchtlinge, die aus einem so genannten sicheren Drittstaat nach Deutschland kommen, können keinen Antrag auf politisches Asyl mehr stellen. Der Bundestag kann zudem per Gesetz sichere Herkunftsstaaten festlegen, so dass Anträge von Bürgern dieser Staaten nicht mehr angenommen werden müssen. Für Kriegsflüchtlinge wird ein eigenständiger Status geschaffen. Sie müssen kein politisches Asyl mehr beantragen. Dem Kompromiss zwischen SPD, CDU und FDP gehen äußerst kontroverse Debatten voraus. Der Politik wird häufig vorgeworfen, dem Druck rechtsextremer Gruppen nachzugeben.

Freizügigkeit für EU-Bürger

Das Schengener Abkommen beseitigt die Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Bürger können sich seit 1995 ungehindert in Europa bewegen. Personenkontrollen und damit auch die Bekämpfung der illegalen Einwanderung werden nun an die Außengrenzen

verlagert. Während es immer weniger Flüchtlinge bis nach Deutschland schaffen, entstehen in Süditalien oder Griechenland große Flüchtlingslager. Marokko und Libyen werden von den Schengen-Staaten bezahlt, um den Zuzug einzudämmen. Man beginnt, von der „Festung Europa“ zu sprechen.

Zahl der Türken rückläufig

Die Zahl der in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken erreicht 1998 mit 2,1 Millionen den Höhepunkt. Seit dem nimmt auch in Aachen die Zahl der türkischen Staatsangehörigen ab. Fast vierzig Jahre nach dem Beginn der Anwerbung erreicht die erste Generation das Rentenalter, kehrt zurück oder stirbt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Sie verschwinden damit aus den „Ausländerstatistiken“. Seit 2005 gehen zudem mehr Türkischstämmige in die Türkei zurück als von dort zuwandern. Die Gründe liegen unter anderem in der verbesserten ökonomischen sowie politischen Situation in der Türkei und dem Gefühl, auch bei bester Bildung, Ausbildung und Integration in Deutschland diskriminiert zu werden.

Die Stadterneuerung Aachen-Ost startet 1999

Ein groß angelegtes Erneuerungsprogramm soll innerhalb von zehn Jahren den Aachener Osten, in dem viele Migranten leben, verändern. Mehr als 16 Millionen Euro fließen in über 400 Projekte. Die Lebensqualität im Ostviertel und in Rothe Erde, die lange vernachlässigt wurden, soll sich nachhaltig verbessern. Bauprojekte, Netzwerke und Initiativen profitieren von den Geldern. Wie sich das Leben in Aachen-Ost wirklich verändert hat, wird die Zukunft zeigen.

Neues Einbürgerungsrecht

Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts tritt 2000 in Kraft. Die Einbürgerung wird wesentlich leichter: Nach acht Jahren Wartezeit kann ein Antrag auf Einbürgerung gestellt werden, die von einem Sprachtest abhängig gemacht wird. Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren werden, können die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Das neue Recht lässt kurzfristig die Einbürgerungszahlen ansteigen: Viele Menschen erfüllen sich einen lange gehegten Wunsch.

Deutschland wird Einwanderungsland – für manche

Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt 2000 seine Greencard-Initiative vor. Der Fachkräftemangel in der deutschen IT-Branche soll durch Zuwanderung gedeckt werden. 20.000 Computerspezialisten sollen eine auf fünf Jahre begrenzte Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten. Damit wird der seit 1973 geltende Anwerbestopp erstmals außer Kraft gesetzt. Das Zuwanderungsgesetz gilt seit 2004 und privilegiert IT-Fachkräfte und weitere Hochqualifizierte. Für andere bleibt die Einwanderung fast unmöglich. Seit Juni 2010 unternimmt

die Bundesregierung überraschend mehrfach Vorstöße, um die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland weiter zu vereinfachen und zu intensivieren.

Aachen mit Konzept

Die Stadt beschließt 2006 erstmals ein Integrationskonzept. Es legt Handlungsfelder und Maßnahmen fest, mit denen die Integration von Migrantinnen und Migranten gefördert wird. In den Bereichen soziale Beratung, Sprachförderung, Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Sport/Freizeit/Kultur und Senioren werden konkrete Vorschläge gemacht, die zur Eingliederung der Zuwanderer beitragen sollen. Eine Integrationsbeauftragte koordiniert die Maßnahmen, regelmäßige Evaluationen messen den Erfolg.

Moscheeneubau in Aachen

Der Grundstein für die Yunus-Emre-Moschee wird am 8. Mai 2011 gelegt. Damit erhält Aachen nach der 1964 fertiggestellten Bilal-Moschee einen zweiten repräsentativen Moscheebau. Die enge Zusammenarbeit zwischen der türkischen DITIB-Gemeinde, der Stadt und den Menschen im Ostviertel macht es möglich, dass das neue Gotteshaus ohne große Konflikte errichtet werden kann